Arbeitslosigkeit in der ersten Welt: Die Situation in den USA

KENNETH HIMES

Eine Beschäftigung mit der Arbeitslosigkeit aus katholischer Sicht muss zu Beginn daran erinnern, wie wichtig das Thema Arbeit in der Bibel und in der katholischen Soziallehre ist.

Arbeit in der christlichen Tradition

In den beiden Schöpfungsberichten des Buches Genesis ist davon die Rede, dass Gott den Menschen einen Platz in der Schöpfung zuweist, damit er diese bewirtschafte und sich um sie kümmere. Dabei geht das biblische Gebot zum Arbeiten der biblischen Erzählung vom Fall der Menschheit voraus. Nachdem die Sünde Einlass in den Garten Eden gefunden hat, ist die Arbeit durch Mühsal und Schweiß geprägt (Gen 2,17–19), doch von Anbeginn an ist der Mensch dazu bestimmt, das Land zu bearbeiten und Nahrungsmittel zu erzeugen (Gen 1,28–20; 2,15–16). Auch das Sabbatgebot ist ein Beleg dafür, dass normale Tage mit Arbeit erfüllt sind. Der siebte Tag nimmt jedoch eine Sonderstellung ein (Ex 31,12–27). So hat es auch Gott der Herr bei der Schöpfung gehalten (Gen 2,2–3).

Das israelitische Verständnis der Arbeit steht in starkem Kontrast zur Ansicht der griechischen und römischen Antike: Hier erlangt der Mensch wahre Erfüllung nur durch Muße. Wo Arbeit in der Bibel oder in jüngeren christlichen Schriften geringgeschätzt wird, liegt darin ein Hinweis auf den Einfluss klassisch-griechischen Denkens.

In den Evangelien zeigt sich bei Jesus als echtem Israeliten, wie sehr er mit der Welt der Arbeit vertraut ist. In seiner Verkündigung geht vor allem aus den Gleichnissen hervor, dass er zahlreiche Berufe kennt und über das Leben gewöhnlicher Arbeiter und den tagtäglichen Rhythmus des Arbeitslebens Bescheid weiß. Auch bei Paulus zeigt sich, dass er eine jüdische Sensibilität gegenüber der Arbeit aufweist. Unverblümt kritisiert er die Thessalonicher, die sich von der Arbeit fernhalten, während sie auf die nahe *parousia* warten (2 Thess 3,6–12).

Die biblische Sicht der Dinge hat die katholische Soziallehre stark geprägt. Die Enzyklika *Rerum novarum* wurde verfasst, um auf das Elend der Arbeiter in der neuen Industrie hinzuweisen; für Leo XIII. ist »[i]n der Gegenwart [...] die Lage der Arbeiter Gegenstand vielfachen Streites« (RN 44). Die Arbeit hat auch in den darauffolgenden Jahrzehnten in den Schriften der Päpste eine große Bedeutung gehabt. Johannes Paul II. hat dem Thema eine ganze Enzyklika gewidmet. In *Laborem exercens* stellt er fest, dass »die menschliche Arbeit ein Schlüssel und wohl der wesentliche Schlüssel in der gesamten sozialen Frage ist« (LE 3).

Einige Jahre nach Johannes Pauls Enzyklika zum Thema haben die US-Bischöfe einen wichtigen Hirtenbrief zum Thema verfasst: *Economic Justice for All.* Ein großer Teil dieses Hirtenbriefs widmet sich der Analyse der Arbeitslosigkeit und stellt sie als das Problem heraus, das bei jeder Wirtschaftsreform vorrangig zu behandeln ist (Nr. 136–169).

Vereinfacht gesagt wird die Arbeit in der jüdischen und christlichen Tradition nicht als Fluch angesehen, auch wenn die menschliche Arbeit in manchen Teilen hart und schwierig ist. Der eigentliche Fluch liegt in der Arbeitslosigkeit. Dies ist durch die Auswirkungen auf die Arbeitslosen der großen Rezession nach der Finanzkrise 2007 hinreichend unter Beweis gestellt worden. Die Beschäftigungsquote ist 2014 noch nicht wieder auf dem Niveau angelangt, das sie zur Jahrtausendwende hatte.¹ Es ist eine schmerzliche Realität, dass Millionen Menschen arbeitslos gewesen sind, und dass dies zu beträchtlichen menschlichen und ökonomischen Belastungen geführt hat. Ich werde nun drei dieser Belastungen etwas näher betrachten.

Drei mit der Arbeitslosigkeit verknüpfte soziale Probleme

Erstens hatten die Langzeitarbeitslosen als Untergruppe sehr zu leiden. Zu dieser Gruppe gehören Menschen, die 27 Wochen und länger ohne Arbeit sind. Für das späte Frühjahr 2014 wird ihre Zahl mit 3,8 Millionen benannt. Hierzu zählen überproportional viele Afroamerikaner; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 10 Prozent, aber 22 Prozent von ihnen sind langzeitarbeitslos.² Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen lag vor der Rezession nur etwa ein Drittel so hoch wie 2014.

Besonders hart hat es Langzeitarbeitslose getroffen, die über fünfzig Jahre alt sind. Sie sind noch zu jung, um in den Ruhestand zu gehen, besitzen nicht genug Ersparnisse und noch keinen Anspruch auf Altersrente. Von potenziellen Arbeitsgebern werden sie misstrauisch beäugt, weil sie vermeintlich zu hohe Löhne verlangen, nur über veraltete Qualifikationen verfügen, nicht hinreichend flexibel bei den Arbeitszeiten und -methoden sind und die Gefahr bergen, hohe Gesundheitskosten zu verursachen, weil die US-Krankenversicherung vor allem von den Arbeitsgebern getragen wird.

Natürlich kommt auch das emotionale Leid hinzu, keine Arbeit zu haben; die »wachsenden Selbstzweifel und das hilflose Schweigen der Freunde, die nach tröstlichen Worten suchen«³. Dazu kommen die finanziellen Sorgen, wenn man die Rücklagen aufbraucht und damit Jahre der Arbeit und der Opfer zunichte macht. Vielleicht am schlimmsten ist die Gefahr, dass man sich bei potenziellen

Arbeitsgebern als »beschädigte Ware« anpreist und sich selbst für »nutzlos oder überflüssig« hält. Langzeitarbeitslose werden in der momentanen ökonomischen Situation wirklich an den Rand gedrängt. Sie haben einen demütigenden Schlag gegen ihre menschliche Würde erlitten.

Zweitens drückt ein Überangebot auf dem Markt meist auf die Kosten, und das ist auch auf dem Arbeitsmarkt der Fall. Wenn die Zahl der Arbeitslosen hoch ist, geraten meist die Löhne für die Menschen unter Druck, die in Arbeit stehen. Das gilt besonders dann, wenn – wie in den USA – die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit dem Recht, Tarifverhandlungen zu führen, auf unter 7 Prozent der Arbeitskräfte in der Privatwirtschaft gesunken ist. Nach Schätzungen wurden durch die große Rezession in den USA 8,7 Millionen Jobs vernichtet. Erst im Juni 2014 ist die Gesamtzahl neuer Stellen wieder auf dem Niveau angekommen, auf dem sie sich sechs Jahre zuvor befunden hatte.

Darüber hinaus bedeutet eine Rückkehr zur Anzahl der Arbeitsstellen vor der Rezession für die US-Wirtschaft, dass immer noch ungefähr 6,9 Millionen Jobs fehlen – diese wären notwendig, um mit dem Bevölkerungswachstum seit Januar 2008 Schritt zu halten.⁴ Deshalb ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt immer noch so, dass die Löhne gedrückt werden können. Und dies ist noch nicht genug der schlechten Nachrichten: Während viele der weggefallenen Stellen Wirtschaftsbereichen zuzurechnen sind, die traditionell höhere Löhne zahlen, finden sich viele der neuen Jobs im Niedriglohnbereich.

Normalerweise steigen auch die Löhne, wenn die Produktivität steigt. Doch obwohl die Produktivität seit dem Jahr 2000 in den USA um fast 23 Prozent gestiegen ist, hat sich der Stundenlohn eines durchschnittlichen Arbeiters nur um 0,5 Prozent erhöht. Auch wenn sich durch die Rezession die Situation für Beschäftigte der Mittelschicht verschlechtert hat, war dieser Trend bereits vor 2007 zu beobachten; das deutet im Hinblick auf die US-Wirtschaft auf eine längerfristige Entwicklung hin. Seit 1973 ist die Produktivität um 80 Prozent gestiegen, der mittlere Stundenlohn jedoch nur um 11 Prozent. Das bedeutet, dass die gestiegenen Gewinne an die Führungskräfte, die Eigentümer und die Aktionäre gehen, aber nicht an die Arbeiter.

Besonders ernst ist die Lage bei den »working poor« [den Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind]. Im Jahr 2014 hat ein Beschäftigter in Vollzeit, der den US-Niedriglohn bekommt, 15.080 US-Dollar verdient. Das sind bloß 650 US-Dollar mehr, als das Existenzminimum für eine zweiköpfige Familie beträgt, und dabei bleibt kaum etwas zur freien Verfügung übrig wie etwa zum Sparen oder für Notfälle. Faktisch hätten viele Niedriglohnempfänger Zugang zu Regierungsprogrammen wie etwa Lebensmittelmarken, die das Budget der Familie für Lebensmittel aufbessern. Mehr als 16 Millionen Kinder leben in Armut, obwohl sie in einem Haushalt mit einer Vollzeit-Arbeitskraft leben.⁵

Eine *dritte* negative Auswirkung der Arbeitslosigkeit besteht in der Verstärkung der Ungleichheit. In den USA hat die wirtschaftliche Ungleichheit deutlich zugenommen. Das obere eine Prozent besitzt mehr als die unteren 90 Prozent. Die Lage hat sich nach dem dramatischen Einbruch bei den Finanzmärkten in den Jahren der Rezession zwar wieder völlig erholt, doch davon profitieren über-

wiegend die Wohlhabenden. Bei der Erholung der Märkte haben die vermögendsten 10 Prozent 81 Prozent des Wachstums am Aktienmarkt abbekommen. Von den Gehaltserhöhungen in der US-Wirtschaft waren überproportional diejenigen betroffen, die bereits zuvor reich waren. Der Löwenanteil des zusätzlichen Haushaltseinkommens wurde vom oberen einen Prozent erwirtschaftet, und fast der komplette Rest von den oberen 20 Prozent. Die unteren zwei Fünftel haben keine wirklichen Einkommenszuwächse zu verzeichnen. Die Flut, die angeblich alle Boote hebt, hat nur die Jachten angehoben, doch die Ruderboote hat sie volllaufen lassen.

Nach Forschungen, die vom Internationalen Währungsfond gefördert wurden, untergräbt eine zu große Vermögenskonzentration das wirtschaftliche Wachstum. Die Wohlhabenden sparen und investieren eher, als dass sie ihr Geld für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen ausgeben – doch dies sind die Bereiche der Wirtschaft, in denen eine größere Nachfrage mehr Arbeitsplätze schaffen würde. Wenn ein derart großer Teil der Einkommen an die Reichsten geht, dann fehlt der Mittelschicht die Kaufkraft, um die Wirtschaft weiter wachsen zu lassen. Bei verhaltenem Wirtschaftswachstum zögern die Unternehmen, zu expandieren und Neueinstellungen vorzunehmen, und deshalb wird die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut.

Überspitzt gesagt führt Ungleichheit zur Plutokratie, zur Herrschaft des Geldes, »der Herrschaft durch die Reichen und *für* die Reichen«.⁶ Die momentane Entwicklung hin zur Ungleichheit ist nicht einfach das Ergebnis der Marktkräfte, auch wenn Neoliberale das behaupten. Es gibt reichlich Beweise dafür, dass die politischen Entscheidungen der Landes- und Bundesregierungen die Ökonomie in eine Schieflage gebracht haben. Unter anderem haben die Deregulierung von Banken und anderen Institutionen sowie Veränderungen bei der Steuergesetzgebung, im Arbeitsrecht und in der Unternehmensführung – als Kräfte außerhalb des Marktes – der zunehmenden Ungleichheit in den USA Vorschub geleistet.

Welche Rolle spielt hierbei die Kirche?

Der US-amerikanische Katholizismus ist historisch eng mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern und Angehörigen der Arbeiterschicht verbunden. Die Kirche hat auch ein umfassendes Netz von Sozialagenturen und Bildungseinrichtungen geschaffen, das die Armen beim gesellschaftlichen Aufstieg unterstützen soll. Heute zählt zur katholischen Kirche das gesamte Spektrum: Arbeitslose, Arbeiter, Angehörige der mittleren und oberen Führungsebene, Selbständige sowie die Wirtschaftselite. Als die Unterschiede zwischen den Mitgliedern der katholischen Kirche immer größer wurden, bestand die Herausforderung für die Kirche darin, nicht den Kontakt zu den wirtschaftlich schwachen Mitgliedern zu verlieren.

Auf der Ebene der Ortsgemeinden kann den Arbeitslosen in der Situation der Marginalisierung, die viele Menschen ohne Arbeit erleben, dadurch geholfen werden, dass Programme für Begegnungen zwischen Menschen entwickelt werden, die sich in einer ähnlichen Situation befinden. Eine andere Umgangsweise mit den pastoralen Herausforderungen kann darin liegen, Menschen zu Zusammenkünften einzuladen, die vor längerer oder kürzerer Zeit arbeitslos geworden sind, damit sie sich gegenseitig helfen. Sinnvoll ist es ebenfalls, Jobbörsen einzurichten, in denen Mitglieder der Ortsgemeinde sich vernetzen und auf Stellen bewerben sowie Informationen über freie Stellen sammeln können. Gemeinden oder Diözesen könnten auch Workshops zur Arbeitssuche veranstalten, in denen Suchstrategien erklärt, das Rüstzeug für Vorstellungsgespräche vermittelt, beim Schreiben eines Lebenslaufes unterstützt und Beratung für Gehaltsverhandlungen angeboten werden.

Da die US-amerikanische Öffentlichkeit aufgeschlossen ist für die Verlautbarungen der Religionsgemeinschaften, ist es der Kirche auch möglich, sich in politischen Grundsatzdebatten als Fürsprecherin zu betätigen. Die Kirche kann dafür eintreten, dass Arbeit nicht nur produktiv und profitabel ist, sondern zugleich auch menschlicher wird. Seien es Lohnkostenzuschüsse, eine Erhöhung des Mindestlohnes und dessen Ankoppelung an zukünftige Lohnerhöhungen oder aber die Erweiterung der *Earned Income Tax Credit* [Lohnauffüllung, eine Art der Lohnsubvention] – es werden Vorschläge gebraucht, damit sich die Arbeit für Vollzeitbeschäftigte wirklich lohnt. Notwendig ist auch die Schaffung eines »Sicherheitsnetzes«, das Arbeitslosen medizinische Versorgung, Arbeitslosenversicherung sowie Unterstützung bei der Ausbildung und Bewerbung gewährt.

Die Kirche kann die Regierungschefs auch an ihre Verantwortung als – in den Worten von Johannes Paul II. – »indirekte Arbeitgeber« erinnern, denn ihnen »obliegt ja eine gerechte Arbeitspolitik«. Vielleicht besteht die wichtigste Aufgabe der US-Kirche darin, durch Lehre und Predigt darauf hinzuwirken, dass »Einigkeit darüber herrscht, dass alle Menschen ein Recht auf einen Arbeitsplatz haben. Dann sind wir alle – Entscheidungsträger, Unternehmen, Arbeiterschaft und die Allgemeinheit – dafür verantwortlich, dass Vollbeschäftigung erreicht wird und dass die Instrumente geschaffen und eingesetzt werden, um dieses Recht zu gewährleisten«. 8

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kirche gemeinsam mit anderen dafür Sorge tragen muss, dass das Leben von Millionen Menschen vom Fluch der Arbeitslosigkeit befreit wird, denn jeder Mensch hat sowohl die »Verpflichtung zu gewissenhafter Arbeit wie auch das Recht auf Arbeit«⁹, und entsprechend soll er auch handeln können.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Gerlinde Baumann

Anmerkungen

1 Die Arbeitslosenstatistiken sind in den USA nicht präzise, weil in ihnen nicht diejenigen mitgezählt werden, die aus dem Arbeitsmarkt herausfallen und nicht mehr nach Arbeit suchen. Auch lässt sich den offiziellen Zahlen weder die Quote der Unterbeschäftigten entnehmen, die Teilzeit arbeiten und nach Vollzeitstellen suchen, noch der Anteil derjenigen, die nicht sofort wieder eine Arbeit annehmen, wie etwa kranke Menschen. Deshalb sind die offiziellen Zahlen niedriger als die tatsächliche Anzahl der Menschen, die nach Arbeit in Vollzeit suchen.

Im Januar 2000 lag die Arbeitslosenquote bei 4 Prozent; zehn Jahre später, im Januar 2010, war sie mit 9,7 Prozent mehr als doppelt so hoch. Im Januar 2014 lag die Zahl immer noch deutlich über der des Jahres 2000, nämlich bei 6,6 Prozent. Der Oktober 2009 war die schlimmste Phase der Rezession, als die Arbeitslosenquote sich mit 10,1 Prozent in den zweistelligen Bereich bewegte; sie blieb bis zum letzten Quartal des Jahres zweistellig und sank erst im Januar 2010 auf 9,7 Prozent. Jeder Prozentpunkt entspricht ungefähr 1,5 Millionen Arbeitslosen.

2 Alan Krueger – Aaron Kramer – David Cho, *Are the Long-Term Unemployed on the Margins of the Labor Market?* unter: www.brookings.edu/about/projects/bpea/papers/2014/are-longterm-unemployed-margins-labor-market.

3 Rachel Swarns, *Nine Months Later, Still Working to Find a Job*, in: New York Times, 19. Mai 2014, A14.

4 Jim Puzzanghera, *Economy Has Recovered 8.7 Million Jobs Lost in Great Recession*, in: Los Angeles Times, 6. Juni 2014. Im Internet unter: www.latimes.com/business/la-fi-jobs-20140607-story.html.

5 www.childrensdefense.org/policy-priorities/ending-child-poverty/.

6 Francis Fukuyama, *Left Out*, in: The American Interest 6 (2011/3), unter: www.the-american-interest.com/article-bd.cfm?piece=906.

7 Johannes Paul II., Enzyklika *Laborem exercens*, 14. September 1981, Nr. 17, unter: http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_14091981_laborem-exercens.html.

8 Katholische Bischofskonferenz der USA, *Economic Justice For All*, Abschnitt 153. Nachzulesen unter: www.usccb.org/upload/economic_justice_for_all.pdf.
9 Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et Spes*, Nr. 67, in: Das Zweite Vatikanische Konzil. Konstitutionen, Dekrete und Erklärungen. Lateinisch und Deutsch, Bd. III (LThK², 14), Freiburg i. Br. 1966, 280–592

Der Autor

Kenneth R. Himes OFM geb. 1950 in Brooklyn, New York, ist außerordentlicher Professor am Theologie-Department des Boston College, USA. Zu seinen Forschungsgebieten gehören die Katholische Soziallehre, ethische Fragen im Zusammenhang von Krieg und Frieden sowie die amerikanisch-katholischen Bewegungen für Sozialreform. Veröffentlichungen u. a.: Responses to 101 Questions on Catholic Social Teaching (2001); Modern Catholic Social Teaching: Commentaries and Interpretations (2005). Für CONCILIUM schrieb er zuletzt über »Folter als Angriff auf das Menschliche« in Heft 3/2010. Anschrift: Theology Department – Boston College, 140 Commonwealth Avenue, Chestnut Hill, MA 02467, USA. E-Mail: kenneth.himes@bc.edu.